

# Wiemeler Dampfboot.

„Wiemeler und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens  
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-  
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis  
pränumerando 3 Mark,  
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten  
3 1/2 Mark.  
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-  
Spaltzeile von Abonnenten mit 15 R.-Pf.,  
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit  
20 R.-Pf. berechnet.

Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt,  
sind spätestens bis Nachmittag 2 Uhr  
einzuliefern  
Belag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

№ 289.

Memel, Dienstag, den 10. Dezember.

1878.

## Tages-Chronik.

Den 10., Mittags 12 Uhr, auf dem Kreisgerichte  
Termin in der Kaufmann J. Jacobson'schen Concurs-  
sache; Abends 8 Uhr, im Restaurant Müller Versam-  
lung des Nautischen Vereins.

## Wochenschau.

s. Memel, den 9. Dezember.

Unser Kaiser hat unter unermesslichem Jubel der  
Bevölkerung in Berlin seinen Einzug gehalten und die  
Regierung aufs neue übernommen, um sie hoffentlich noch  
recht lange zum Heile Deutschlands zu führen. Das  
Abgeordnetenhaus ist mit der Etatsberathung beschäftigt;  
der Schwerpunkt derselben liegt in den der Budgetkommission  
überwiesenen Theilen, die voraussichtlich vielfach noch zu  
heftigen Debatten Veranlassung geben werden. An Plän-  
keleien hat es übrigens auch jetzt im Plenum nicht ge-  
fehlt; die Sprache, welche sich die officiöse Publicistik und  
vor allem die Provinzial-Correspondenz gegen alle Par-  
teien erlaubt, die nicht unbedingt der Regierung folgen,  
wurde allseitig aufs schärfste gerügt und von dem Mini-  
ster des Innern auch Abhilfe in dieser Beziehung zuge-  
sagt. Vermuthlich wird das genannte Organ in Zukunft  
einen etwas anständigeren Ton anschlagen; daß es ganz  
objectiv verfahren wird, wagen wir allerdings kaum zu  
erwarten; seine Ausdrucksweise wurde vom Ministerische  
aus bereits wiederholt gemißbilligt und trotzdem ist, wie  
die letzte Reichstagswahlcampagne zeigt, keine Besserung  
eingetreten. Das Wichtigste wäre entschieden, die Regie-  
rung ließe die Provinzial-Correspondenz ganz eingehen;  
was sie zu sagen hat, kann sie im Staatsanzeiger ver-  
öffentlichen, der zu diesem Behufe vollkommen genügt.  
Nicht gerade glücklich war der Minister des Innern,  
als er den in der gouvernementalen Presse vielfach vor-  
kommenden Ausdruck „staatsverhaltende Kräfte“ mit dem  
Worte „conservativ“ interpretirte und auf diese Weise  
nicht bloß die Fortschrittspartei, gegen die man solche  
Anschuldigungen von Seite der Regierung schon gewohnt  
ist, sondern sämtliche liberale Schattirungen zu Umstürz-  
lern stempelte. Die Linke erhob sofort Widerspruch,  
worauf Graf Eulenburg sich veranlaßt sah zu erklären,  
daß ihm jede Beleidigung ferne gelegen habe. Ein  
eigenthümliches Schauspiel bot die Debatte über die Zer-  
legung des bisherigen Handelsministeriums in zwei selbst-  
ständige Ressorts und die Abzweigung der Forsten und  
Domänen von dem Finanzministerium insofern als der  
Abgeordnete Oneist, der kurz zuvor königlicher als das  
Ministerium selbst in einer eigens zu diesem Zwecke ge-  
schriebenen Brochüre die Genehmigung dieser Veränderung  
durch das Abgeordnetenhaus als einen Eingriff in die  
Königliche Prärogative verhorrescirt hatte, von der  
Vorlage um deshalb nichts wissen wollte, da da-  
durch nur die Rechte des Herrenhauses gestärkt  
würden. Dies ist gewiß eine erstaunliche Viel-  
seitigkeit. Wertwürdiger Weise betrachtet sich Oneist im-  
mer noch als Liberaler, obwohl ihm seine eigenen national-  
liberalen Fraktionsgenossen in der unzweideutigsten Weise  
wiederholt zu verstehen gaben, wie wenig ihnen seine Ge-  
sellschaft genehm ist. Der bei allen Parteien des Hauses  
gleichbeliebte Alterspräsident v. Bonin ist im 82. Jahre  
gestorben. Er war einer der wenigen noch übrig ge-  
bliebenen Altliberalen und seitdem Preußen eine Ver-  
fassung besitzt, unangefochten parlamentarisch thätig; 1848  
saß er kurze Zeit im Ministerium Pfuel. Die Unter-  
handlungen wegen Erneuerung des Oesterreichischen Handels-  
vertrags sind wieder ausgenommen; ob sie einen günstigeren  
Erfolg haben werden, wie die im vorigen Jahre ge-  
pflanzten, ist sehr zweifelhaft.

Der Budgetausschuß der Oesterreichischen Delegation  
hat seinen Angriffen auf Andrassy durch seine Incon-  
sequenz und Kopfschüttigkeit selbst die Spitze abgebrochen.  
Dem Minister des Auswärtigen zuerst ungekürzt die  
Mittel zur Fortführung seiner Politik bewilligen und  
dann hintendrin in einem fulminanten Berichte eben  
diese Politik auf das härteste verurtheilen, ist ein Ver-  
fahren, wie man es wohl von Schuppenstädter Klein-  
bürgern, aber nicht von Männern erwarten sollte, die  
den Anspruch machen, als ernsthaft Politiker zu gelten.  
Andrassy läßt sich durch dieses Vorgehen auch keineswegs

beunruhigen; er hat sofort die Vertrauensfrage gestellt,  
da er seines Sieges vollständig sicher ist. Was man bleibt  
— und mit diesem Gedanken werden sich die Wiener  
Abgeordneten ebenso befreunden müssen, wie das schon  
von Seite der Ungarn geschehen ist — in Oesterreich's  
Händen, die Occupation ist nur die Vorläuferin der  
Annexion, denn, daß die Pforte jemals im Stande sein  
sollte, Oesterreich die aus der Occupation entstandenen  
Kosten zu ersetzen, und an die Erfüllung dieser Be-  
dingung hat Andrassy den Rückzug der Oesterreicher ge-  
knüpft, liegt außerhalb des Bereiches der Wahrscheinlich-  
keit. Die Ungarische Ministerkrisis ist beendet; das  
Cabinet Tisza bleibt fast unverändert im Amte; nur die  
Portefeuilles der Finanzen und des Handels gehen in  
andere Hände über. Die ersteren übernimmt der Decan  
Graf Szapary, den letzteren der Siebenbürger Remeny.

Die französische Deputirtenkammer hat nunmehr  
auch die Wahl des Herzogs von Decazes zum Saboyi-  
schen Abgeordneten wegen der dabei vorgekommenen un-  
gesetzlichen amtlichen Beeinflussungen annullirt. Ab-  
weichend von seinem früheren Collegen Jourtau trat der  
Herzog sehr gemäßigt auf und suchte jede Vergrößerung  
des Scandals nach Kräften zu verhüten. Zugleich hat  
er erklärt, sich nicht weiter um das Mandat bewerben  
zu wollen, so daß also die republikanische Partei alle  
Aussicht hat, einen der Ihrigen bei der Neuwahl durch-  
zubringen. Der neue Oesterreichische Botschafter Graf  
Beust hat Mac Mahon sein Beglaubigungsschreiben  
überreicht. Die dabei gewechselten Worte enthielten  
nichts als Höflichkeitssphrasen. Daß der Verkehr nicht  
immer so bleiben wird, ist bei dem intriganten Charak-  
ter Beust's, dem die Hezereien gegen Deutschland zur  
zweiten Natur geworden, nur zu sehr zu befürchten.

In den leitenden Kreisen Rußlands hat gegenwärtig  
die friedliche Strömung Oberwasser. Die Rede, welche  
der Czar in dem Moskauer Kreml hielt, trägt einen aus-  
geprägten friedlichen Charakter. Ausgeschlossen ist dabei  
allerdings nicht, daß nicht über Nacht der Wind wieder  
umschlägt, falls sich bei der Pforte der entgegenkommende  
Geist, der sie in der letzten Zeit Dank der umsichtigen  
Leitung der Auswärtigen Angelegenheiten durch Savfet  
Pascha beherrschte, in das Gegentheil verkehren sollte. Und  
die Besorgniß, daß dieser Fall bereits in der nächsten  
Zeit eintreten werde, ist nicht unbegründet. In Konstan-  
tinopel ist nämlich wieder Alles auf den Kopf gestellt;  
Savfet Pascha ist gestürzt und durch den früheren Tu-  
nisischen Premierminister Chaireddin Pascha ersetzt, der  
sich im Allgemeinen keines besonderen Rufes erfreut und  
jedenfalls nur geringe Erfahrung in der Führung der  
Staatsgeschäfte besitzt.

Der Afghanische Feldzug hat bis jetzt für die  
Engländer zwar einen günstigen Verlauf genommen, doch  
ist die Lage der Engländer insofern nicht ganz unbe-  
denklich, als die Grenzstämme außererst unzuverlässig sind  
und wie die Afridis bewiesen, trotz der erhaltenen Sub-  
sidien auf die Britischen Truppen loszuschlagen, sobald sich  
eine günstige Gelegenheit bietet. Disraeli wäre offenbar  
froh, wenn es bald zu einem annehmbaren Frieden käme;  
wenigstens ist vom Ministerisch im Parlament eine  
Aeufserung gefallen, welche diese Deutung zuläßt. Mög-  
lich ist es immerhin, daß ein Ausgleich zu Stande kommt,  
da augenscheinlich auch der Emir eine Beendigung der  
Feindseligkeiten wünscht, wie die ziemlich versöhnlich ge-  
haltene, offenbar erst nach den erlittenen Niederlagen ab-  
geschickte Antwort auf das Englische Ultimatum beweist,  
die in Lahore eingetroffen ist.

Die letzte Session des 45. Congresses der Vereinig-  
ten Staaten ist vom Präsidenten Hayes mit einer Bot-  
schaft eröffnet worden, welche die Aufrechterhaltung des  
von dem früheren Repräsentantenhaufe gefaßten Beschlusses  
befürwortet, am 1. Januar 1879 die Baarzahlungen  
wieder aufzunehmen.

## Politische Uebersicht.

r. Memel, den 9. Dezember.

Am Donnerstag Abend verhandelte die Budgetcom-  
mission über die Vorlage, betreffend die Ressortverände-  
rungen. Die Uebertragung der Forste und Domänen vom  
Finanzministerium auf das landwirthschaftliche Ministe-

rium wurde mit allen gegen eine Stimme, die Abzwei-  
gung der Abtheilung für Handel und Gewerbe von dem  
bisherigen Handelsministerium, unter Uebertragung der-  
selben auf den Präsidenten des Reichskanzleramtes, mit  
zehn gegen sieben Stimmen angenommen. Der anwesende  
Handelsminister Maybach gab eine ausführliche Motivi-  
rung der letzteren Maßregel. Zugleich erklärte er, daß  
der Entwurf eines Reichseisenbahngesetzes fertig und  
dem Bundesrathe übergeben sei; ebenso ein Gesetzentwurf,  
betreffend die Bildung eines Eisenbahnroaths und eines  
Eisenbahnverwaltungsgerichts. In der Debatte über die  
Theilung des Handelsministeriums wurde monirt, daß  
die Aufsicht über das Eisenbahnwesen nicht auf das Reich  
oder wenigstens den Präsidenten des Reichskanzleramtes  
übertragen werde. Der Minister stimmte dieser Auffas-  
sung im Princip zu, hielt jedoch den Augenblick zu ihrer  
Verwirklichung noch nicht für gekommen. Die Commission  
nahm indeß fast einstimmig die Resolution an, durch  
welche die Regierung aufgefordert wird, die Aufsicht über  
das Eisenbahnwesen baldigst auf das Reich zu über-  
tragen.

Die 12. Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses war  
eine der interessanteren dieser Session. Nach Erledigung  
kleinerer Vorlagen (Ausführungsgesetz zum Deutschen  
Gerichtskosten-Gesetz, Geburtsbüchliche Klinik zu Berlin) und  
einiger kleineren Etats gelangt der Etat des Reichskanzlers  
zur Berathung, welcher nach längerer Debatte, die sich  
zwischen dem Abg. Richter (Hagen) und Reg.-Commissar  
von Kurowski bis zur Persönlichkeit zuspitzte, genehmigt  
wird. Bei dem „Dispositionsfonds für allgemeine poli-  
tische Zwecke“ entspinnt sich eine mehrstündige Debatte.  
Die Abgg. Richter (Hagen), v. Schorlemer (Alt), Dr.  
Miquel, Schröder (Lippstadt), Windthorst (Meppen),  
Ridert u. kritisiren in mehr oder minder starker Weise  
die Haltung der Provinzialcorrespondenz zur Zeit der  
Wahlen; namentlich die beiden erstgenannten Herren pro-  
testiren höchst energisch gegen die Art und Weise, mit  
der die Prov.-Corresp. gegen Parteien und Personen der  
Landesvertretung vorgehen. Die Minister Eulenburg und  
Gobrecht und Abg. v. Minnigerode versuchten diese Haltung  
zu entschuldigen und die zahlreichen Vorwürfe zu ent-  
kräften. Der Posten wird darauf genehmigt. Nächste  
Sitzung ist heute Montag: Etat des Ministeriums des  
Innern.

Die Reconstruction des Ungarischen Cabinets ist  
eine Thatfache. Donnerstag hat der Kaiser die Er-  
nennung der Minister vollzogen; Freitag sollten dieselben  
ihren Amtseid ablegen; und Sonnabend sollte das neue  
Ministerium vor das Parlament hintreten und Tisza so-  
fort seine Programmrede halten. Das Cabinet gilt heute  
schon in Ungarn als unpopulär. Trotzdem frohlocken  
die Anhänger des Grafen Andrassy. Jenseits der Leitha  
ist es wenigstens geglückt, eine Regierung zu finden; in  
Cisleithanien sind, wie officiös geklagt wird, die Minister  
„lediglich Beamte der unverantwortlichen Krone“. Die  
traurige Rückwirkung der Occupations-Politik auf die  
inneren Verhältnisse Oesterreichs tritt auch anderweitig  
hervor.

Rasch hat sich an die Englische Thronrede die  
Adress-Debatte des Unterhauses angeschlossen. Die Op-  
position hat zwar kein bestimmtes Programm, und das  
Concept ist ihr vollends durch das Stillschweigen ver-  
dorben worden, welches die Thronrede über eine Credit-  
forderung für den Afghanischen Krieg beobachtete. Auch  
der Umstand, daß die Home-Rulers unter ihrem Führer  
Butt sich mit etwa fünfzig Stimmen der Regierung an-  
schließen, kommt ihr garstig in die Quere. Allein ihre  
Matadore gehen darum nicht weniger heftig ins Zeug,  
und während Hartington sich dagegen verwahrt, daß den  
Bewohnern Ost-Rumeliens etwa mißgünstige Regierung  
ausgenöthigt werde, die sie verabscheuen, erklärt Fawcett,  
er werde die Deckung der Kosten des Afghanischen Krieges  
aus den Revenuen Indiens bekämpfen. Northcote ant-  
wortet ihnen namens der Regierung erschöpfend und mit  
überzeugenden Argumenten, so daß schließlich die Adresse  
ohne Abstimmung und ohne Amendements angenommen  
wird. Die Quereilen der Opposition sind also für diesmal  
abgethan. Die Debatten über den Credit werden kein  
anderes Ergebnis liefern.







Dienstag, den 10. Dezember 1878.

Lb. Haus der Abgeordneten.

12. Sitzung. Mittwoch, den 6. Dezember.

Präsident v. Bennigsen eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr. Am Ministertisch: die Geh. Rath Scholz, Goepfert, von Sybel und Andere.

Tagesordnung: I. Erste Berathung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsleistungsgesetz.

Auf den Antrag des Abg. Löwenstein wird die Vorlage derselben überwiesen, welche sich bereits mit den übrigen Ausführungsgesetzen der Justizverwaltung beschäftigt. II. Zweite Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Erwerbung von Grundstücken zum Neubau der geburtshilflichen Klinik der Universität zu Berlin. — Die Budgetkommission beantragt, dem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen, also 1.200.000 Mk. zum Ankauf der Grundstücke zu bewilligen.

Es erhebt sich hierüber eine längere Diskussion, in welcher Abg. Frhr. v. Heeremann seiner Verwunderung Ausdruck giebt, daß man mit diesem Bau, trotzdem ein bringendes Bedürfnis für dieses Institut schon vor 5 Jahren eingetreten sei, erst jetzt vorgehen wolle. Es sei überhaupt in wenig planmäßiger Weise bei den Bauten verfahren worden. Man habe kolossale Summen für Prachtbauten in den letzten Jahren verausgabt; statt aber zuerst die nothwendigen Bauten zur Ausführung zu bringen, habe man es umgekehrt gemacht, und zuerst die weniger nothwendigen Bauten in Angriff genommen. Trotz der ungünstigen Lage unserer Finanzverwaltung werde er daher die geforderte Summe für die Erwerbung der Grundstücke bewilligen.

Geheimrath Göppert nimmt die Regierung gegen diesen Vorwurf in Schutz und bittet die Vorlage ohne Vorwürfe für die Verwaltung zu genehmigen.

Abg. v. Benda bittet ebenfalls mit Rücksicht auf das vorhandene dringende Bedürfnis um Bewilligung der geforderten Summe, die auch vom Hause durch Annahme des Gesetzentwurfs ausgesprochen wird.

III. Fortsetzung der Etatberathung. — Die Etats des auswärtigen Ministeriums, der Rente und des Ausschusses zur Rente des Kronfondskommissionsfonds werden ohne Debatte bewilligt.

Bei dem Etat der Staatsarchive (dauernde Ausgaben 288,700 Mk.) richtet Abg. Frhr. von Fürth mehrere Anfragen an die Regierung in Betreff der Provinzialarchive und bittet namentlich um Vermehrung der Fonds für dieselben.

Regierungs-Commissar Geh. Rath v. Sybel erwidert, daß soweit diese Fonds ausreichen, die Provinzialarchive berechtigt seien, sie zum Ankauf von Urkunden nach freiem Ermessen zu verwenden. Auch erkennt er an, daß diese Fonds sehr klein sind, aber die allgemeine finanzielle Lage gestatte nicht, die Erhöhung dieser Fonds zur Zeit zu beantragen. Zum Schluß bemerkt Redner noch, daß wegen des Austausches von Urkunden Verhandlungen schweben.

Abg. Frhr. v. Fürth bittet noch einmal dringend, für eine Erhöhung der bezeichneten Fonds im nächsten Etat Sorge zu tragen.

Der Etat wird genehmigt. Desgleichen die Etats der Generalrechnungskammer, des Geheimen Civilkabinetts, der Oberrechnungskammer, der Ober-Examinationskommission, des Disziplinarhofs, des Gerichtshofs zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte und für Zwecke der Landesvermessung.

Bei dem Etat des Deutschen Reichs- und Preussischen Staatsanzeiger (Einnahme 355,600 Mk.), beklagt sich Abg. Richter (Hagen) darüber, daß der Reichsanzeiger nur die Ministerreden ausführlich zum Abdruck bringt. In neuerer Zeit sei zwar eine kleine Aenderung eingetreten, man habe den Ministerreden ein Resumé über die Verhandlungen des Hauses beigelegt. Aber trotzdem könne man die Redaktionen des Reichsanzeigers von dem Vorwurfe der Einseitigkeit nicht befreien. Kaum eine Zeitung gebe die Verhandlungen dieses Hauses so tendenziös und einseitig wieder, wie das offizielle Blatt der Regierung. So sei beispielsweise am Montag und Dienstag der Abg. Gneist am besten weggekommen, Herr Hänel sei sehr schlecht bedacht; der ganze zweite Theil seiner Rede, der doch am meisten zur Sache gehört, sei kaum erwähnt worden. Dagegen sei die Rede des Grafen Stolberg fast wörtlich wiedergegeben und die Sache so dargestellt, als ob der Vizepräsident des Staatsministeriums in Folge seiner überzeugenden Rede als Sieger aus der Debatte hervorgegangen. Noch mißlicher sei, wenn die Debatten einen persönlichen Anstrich gewinnen. Redner erinnert an die persönlichen Angriffe des Reichsanzeigers, denen er im Reichstage ausgesetzt gewesen; die Angriffe des Reichsanzeigers seien wörtlich im Reichsanzeiger zum Abdruck gelangt, während seiner Entgegnung nicht mit einem Worte gedacht wurde.

Regierungs-Commissar v. Kurowski erwidert, daß der „Reichsanzeiger“ wohl auf das Vergnügen verzichten müssen, dem Herrn Vorredner zu gefallen

(Oh!) Auf die einzelnen Ausführungen müsse er sich versehen einzugehen.

Abg. Schmidt (Stettin) sieht nur darin einen Ausgleich, daß der Reichsanzeiger die Parlamentsverhandlungen entweder wörtlich nach dem stenographischen Bericht oder nach den größeren Correspondenzen zum Abdruck bringt.

Abg. Dr. Windthorst (Meppen): Ich möchte dem Herrn Commissar zur Erwägung anheimgeben, ob es richtig ist, wenn er so ohne Weiteres bemerkt, daß die Regierung ernsthaft zu erwägen hat, inwieweit sie das, was verlangt wird, auch ausführen kann. Und daß das, was der Abg. Richter vorbringt, ausgeführt werden kann, darüber besteht wohl kein Zweifel; ob es geschehen wird, ist etwas anderes. Nach meinem Dafürhalten sollte der Reichsanzeiger nichts weiter publiciren, als amtliche Aktenstücke. Wenn man das aber nicht will, so ist doch unzweifelhaft, daß der Reichsanzeiger so gehalten werden muß in allen seinen Theilen, daß er über den Parteien steht (Sehr richtig!) Was die Publikation der Parlamentsverhandlungen anlangt, so versteht es sich von selbst, daß dieselben nach dem stenographischen Bericht hergestellt werden müssen. Man braucht diese Berichte nicht besonders abdruckend, sondern kann einfach den stenographischen Bericht beilegen. Die Berichte abdruckend nach den Correspondenzen größerer Blätter, werde ich ablehnen müssen, denn die großen Blätter, auch die Stettiner Blätter Herr Abg. Schmidt, (Heiterkeit) sind nicht unparteiisch. Hieran tragen übrigens alle Theile eine gleiche Schuld, die Blätter der neu- und freikonservativen Partei aber die meiste. Ich würde Ihnen empfehlen dahin zu wirken, daß alle Parteien in den Berichten gleichmäßig behandelt werden.

Abg. Richter (Hagen): Der Commissar hat sich damit begnügt, mich persönlich anzugreifen. Ich möchte darauf erwidern, daß wenn dergleichen Leute persönliche Angriffe auf sachliche Ausführungen . . .

Präsident v. Bennigsen: Ich glaube, daß Ausdrücke wie „dergleichen Leute“ sich nicht für die Diskussion eignen.

Abg. Richter (Hagen) fortfahrend: Ich glaube nicht, daß dergleichen Herren Regierungs-Commissarien das Ansehen der Regierung steigern, wenn sie mit persönlichen Angriffen auf sachliche Erörterungen erwidern. Im Uebrigen behaupte ich, daß nicht die untergeordneten Beamten an den von mir gerügten Mängeln die Schuld tragen, sondern die Leiter des amtlichen Organs selbst.

Regierungs-Commissar v. Kurowski begreift nicht, wie in seiner ersten Erwiderung ein beleidigender Angriff gegen den Abg. Richter gefunden werden konnte (Gelächter). Im Uebrigen habe er keineswegs die Schuld an jenen Vorkommnissen untergeordneten Personen aufgebürdet.

Der Etat wird bewilligt.

Es folgt der Etat für das Bureau des Staatsministeriums. (Laufende Ausgaben 294,510 Mark.)

Bei Titel 12 (Dispositionsfond für allgemeine politische Zwecke 93,000 Mk.) nimmt Abg. Richter-Hagen Gelegenheit, auf die Haltung der „Provinzial-Correspondenz“ während der letzten Wahlen Bezug zu nehmen. Redner verweist namentlich auf den bekannten Artikel: „Absichten und Wünsche der Regierung“, der in sämtlichen des Innern Blättern abgedruckt des Herrn Ministers zum Ausdruck gelangt sei, und in welchem die übertriebensten Dinge enthalten gewesen. Er tadelt die Regierung, daß sie in dieser Weise in die Wahlbewegung eingegriffen, und geht sodann auf die Haltung der „Provinzial-Correspondenz“ selbst ein. Dieselbe mache einen Unterschied zwischen den staats-erhaltenden Parteien und denjenigen, die nicht hierzu zu rechnen sind. Zu diesen staats-erhaltenden Parteien gehören nach der „Prov.-Corr.“ von den Nationalliberalen nur noch die Herren Gneist, v. Treitschke, u. A., alle übrigen Mitglieder dieser Partei werden bereits den staats-erhaltenden Parteien zugezählt. Ihm scheine es, als wenn die Herren Redakteure den Staat mit dem Herrn Bismarck identifizierten. Die Fortschrittspartei sei bei dem Wahlkampfe, wie ihn das officiöse Blatt geführt, selbstverständlich am schlechtesten weggekommen; denn gegen diese sind die heftigsten Angriffe erhoben worden. Ebenso seien die Mitglieder und Führer der Centrumpartei unausgesetzt zu Angriffsobjecten auserselbst worden. Die „Prov.-Corr.“ habe sich in der letzten Zeit gewissermaßen als das Organ des Papstes zur Bekämpfung der Centrumpartei gegeben. (Sehr richtig!) Er glaube nicht, daß es Aufgabe eines staats-erhaltenden Organs ist, Parteien gegen einander zu hetzen, deren Führer zu verdächtigen und auf dem Gebiete der inneren Politik einen Kampf in Scene zu setzen, der alle Grenzen überschreitet. Er glaube, das schade der politischen Entwicklung und deshalb werde seine Partei gegen die Bewilligung dieser Fonds stimmen.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Es sei vielfach auf den in der Presse besprochenen Artikel Bezug genommen, welcher die Ueberschrift trägt: „Die Absichten und Wünsche der Regierung.“ Er sei erstaunt

gewesen, einen so herben Tadel über denselben zu hören; der Artikel an sich sei sehr gemäßig und der Sachlage entsprechend gewesen. Der Vorwurf, daß durch denselben etwas verschleiert werden sollte, sei vollkommen unberechtigt. Es sei in demselben ausdrücklich gesagt, daß es bei der beabsichtigten Steuerreform ohne Erhöhung der Steuern kaum abgehen werde, aber daß dafür an einer anderen Stelle ein Erlaß eintreten solle. Wenn gesagt worden ist, daß bezüglich der Frage der Steuerreform ein Auszug aus demselben noch schärfer hervorgehoben sind, so erkläre er, daß die Absicht durchaus fern gelegen hat, irgend etwas anderes zu sagen, als in dem Hauptartikel enthalten war. Daß der Artikel verbrochen worden, sei nicht richtig. (Widerspruch). Derselbe sei nur an die Landräthe versendet worden mit dem Anheimstellen, ihn zu verbreiten, (Heiterkeit). Der Artikel enthalte keinen Angriff gegen eine Partei, sondern sei nur zur Abwehr geschrieben. Wenn der Artikel der „Prov.-Corr.“ von staats-erhaltenden Elementen spreche, so sei das nichts als die Deutsche Uebersetzung des Wortes „conservativ.“ (Abg. Braun ruft: Das ist eine Beleidigung der liberalen Partei.) Durch das Wort „conservativ“ habe sich wohl noch keine Partei beleidigt gefühlt; das Wort „staats-erhaltend“ sei deshalb gewählt, weil sich eine politische Fraktion „conservativ“ bezeichne. Daß die Parteien in beschimpfender Weise bekämpft worden, dafür sei der Nachweis nirgend erbracht. Wenn die Herren aber eine weitere Erklärung wünschen, so nehme er keinen Anstand auszusprechen, daß für ihn allerdings einige Ausdrücke zu scharf gehalten worden und daß er darauf hin wirken wolle, daß dies künftig vermieden werde.

Abg. Miquel: Die nationalliberale Partei lege nach wie vor diesem kleinen Dispositionsfonds keine politische Bedeutung bei, und halte er persönlich ein solches Organ, wie die „Prov.-Corr.“ für eine Nothwendigkeit. Aber das lege gerade der Regierung die allergrößte Rücksicht in der Benutzung desselben auf. Wenn die Regierung ehrlich Abhilfe schaffen wolle, so müsse sie jede Polemik gegen die Parteien, vor Allem aber gegen Personen vermeiden.

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Mst: Ich möchte zu nächst bemerken, daß der Ausdruck: „nichtstaats-erhaltende“ Parteien nur so zu verstehen ist, daß er ein Ersatzwort für die früher übliche „Staatsfeindlichkeit“ geworden ist. Ich verstehe deshalb auch, wenn sich die Herren auf der Linken über diesen Ausdruck so verletzt fühlen. Aber als das Centrum mit dem Namen „staatsfeindlich“ beehrt wurde, da wurde dieses Wort von der liberalen Presse mit einem gewissen Behagen aufgenommen. (Sehr wahr!) Redner verweist sodann auf einen Artikel der Deutschen Vereins-Correspondenz, in welchem in Bezug auf eine sehr hohe Dame, antknyfend an das Jubiläum des Fürstbischofs von Breslau die umfassendsten Aeußerungen gemacht worden sind. Schon die Rücksicht auf die hohe Stelle und die Rücksicht auf eine Frau hätte den Schreiber abhalten müssen, sich solcher Ausdrücke zu bedienen. Wunderbar aber sei, daß dieser Angriff unverfolgt geblieben. — Seine Partei werde die hier in Rede stehende Position so lange verweigern, so lange die „Prov.-Corr.“ vorzugsweise als Culturkampfsmittel diene.

Abg. Schröder-Lippstadt würde bereit sein, für die Position zu stimmen, wenn der Herr Minister erklärte, daß er bereit sei, die Tendenz der „Prov.-Corr.“ zu ändern.

Abg. v. Minnigerode hält es für ein Recht der Regierung Klarheit über ihre Absichten zu verbreiten, ist aber ebenfalls der Meinung, daß die Form, in welcher dies geschieht, eine andere sein könnte, als dies manchmal der Fall ist.

Abg. Dr. Hänel: Er sei damit einverstanden, daß die Regierung das Recht haben müsse, Klarheit über ihre Ziele zu verbreiten. Das müsse aber in erster Linie vor der Landtagsvertretung geschehen. Bis jetzt könne man aber weder die Absichten des Herrn Minister des Innern, noch die des Finanzministers.

Minister Graf Eulenburg: Wenn die Herren Vorredner auf Aeußerungen von Zeitungen Bezug genommen, so müsse er besonders betonen, daß für Mittheilungen der „Nordb. Allg. Ztg.“ und der „Deutschen Vereins-Corr.“ die Regierung in keiner Weise eine Verantwortlichkeit übernehmen könne.

Abg. Richter erwidert auf das Verhältniß der nationalliberalen Partei zur Fortschrittspartei näher ein und bemerkt, daß die Unterstützung der letzteren bei den letzten Wahlen eine politische Taktik gewesen. Wenn seine Partei deshalb den heftigsten Angriffen in der „Prov.-Corr.“ ausgesetzt gewesen, so möchte er doch daran erinnern, daß der frühere Minister Graf Eulenburg bei den letzten Wahlen selbst fortschrittlich gestimmt habe. Es sei deshalb unschicklich gewesen, gegen die Parteien, welche gemeinschaftlich gegen die Sozialdemokratie Front gemacht, in dieser Weise vorzugehen und sie durch Streit und Zwietracht zu schwächen. Auf den mehrerwähnten Artikel werde nicht eingegangen, bemerkt Redner, daß die Regierung für jedes Wort und für jedes Versprechen die volle Verantwortlichkeit über-

